

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

POLITISCHE BRIEFE DES EVANGELISCHEN ARBEITSKREISES
DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN/CHRISTLICH-SOZIALEN UNION

Begründet von D. Dr. Hermann EHLERS und Dr. Robert TILLMÄNNIS

Herausgegeben von Dr. Gerhard SCHRÖDER, Bundesminister des Innern

In Verbindung mit Ernst BÄCH • Pfarrer Alfons KREUSSEL • Kultusminister Edo OSTERLOH
Bürgermeister Hermann SCHNEIDER, MdB • Oberkirchenrätin Dr. Elisabeth SCHWARZHAUPT, MdB
Staatssekretär Dr. Walter STRAUSS

8. Jahrgang, Nummer 10

Z 2753 E

Bonn, im Oktober 1960

INHALT

DIE VERRATENE BOTSCHAFT von Paul Bausch	S. 1
FRAUEN UND NOTDIENST von Gerhard Schröder	S. 5
WARUM ER DIE WARTBURG VERLIESS . . . Der Brief des Kunsthistorikers Dr. Asche an Grotewohl	S. 7
ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION	S. 10

DIE VERRATENE BOTSCHAFT

von Paul Bausch, MdB

Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Württemberg

I.

Es war im Spätsommer 1945. Das „Dritte Reich“ war untergegangen. In Treysa, Regierungsbezirk Kassel, trat im Hause Hephata, einem Hause der Inneren Mission, einberufen von dem württembergischen Landesbischof D. Wurm, die repräsentativste, bedeutendste und freieste Kirchenversammlung der evangelischen Kirchen Deutschlands zusammen, die es seit langer Zeit gegeben hatte. Nach einer Zeit heillosen Wirren, die auf alle evangelischen Kirchen eine zerstörende und zersetzende Wirkung ausgeübt hatte, aber auch nach einer Zeit härtesten und opfervollsten Kampfes um die Freiheit der Kirchen fanden sich Ende August Vertreter aller deutschen evangelischen Landeskirchen verschiedener Bekenntnisse auf dieser Kirchenkonferenz ein, um Bilanz über die Vergangenheit zu machen und den Weg in die Zukunft zu planen. Die überaus schwierigen Verhandlungen zogen sich tagelang hin. Es kam aber zu einer Einigung. Eine vorläufige Ordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wurde beschlossen. Ein Rat der EKD wurde bestellt. Das Hilfswerk der EKD wurde gegründet. Ein Kirchliches Außenamt wurde geschaffen. Ein Leiter der Kirchenkanzlei wurde berufen. Eine politische Botschaft

wurde beschlossen. Ein Wort an die Gemeinden wurde veröffentlicht. Am 18./19. Oktober 1945 trat sodann in Stuttgart der in Treysa eingesetzte Rat der EKD zusammen. Die Stuttgarter Ratssitzung erhielt ihre besondere Bedeutung durch die unerwartete Anwesenheit einer offiziellen Delegation des Ökumenischen Rates der Kirchen und durch die Erklärung des Rates der EKD gegenüber den Vertretern der Ökumene, die als das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ in die Geschichte eingegangen ist.

II.

Die Laien in der Kirche, die nach Luther alle wahrhaft geistlichen Standes sind, warteten in jenen Monaten mit fieberhafter Spannung darauf, zu welchem Ergebnis die theologischen Häupter der Kirche bei ihrer Bilanzaufnahme über den Status der Kirche wohl kommen würden. Würde es nach der großen Katastrophe zu einem rechten Neuanfang und zu einer Generalbereinigung der kirchlichen Situation kommen? Kein Zweifel, daß beträchtliche Teile der Kirche sich im Kirchenkampf tapfer geschlagen hatten. Aber der Kampf hatte im wesentlichen erst 1934 begonnen, als der falsche Prophet bereits die Herrschaft in Deutschland erobert hatte.

Die für die ganze evangelische Christenheit kritische und für unser ganzes Volk schicksalhafte Periode war die Zeit des **aufkommenden Nationalsozialismus**, in der **Hitler** zuerst den vorpolitischen Raum und dann auf „legale“ Weise die Mehrheit der deutschen Staatsbürger dafür gewann, den demokratischen Rechtsstaat preiszugeben und sich in das Lager der Todfeinde dieses Rechtsstaates zu begeben. In gewaltigen Wahlschlachten bei vier Reichstagswahlen vollzog sich die ungeheure Umschichtung, in der sich das deutsche Volk dafür entschied, sein Schicksal einem falschen Propheten anzuvertrauen.

Damals, in den Jahren 1928—1933, ereignete sich der große politische Sündenfall der evangelischen Welt Deutschlands. Es half in der schweren Stunde der Rechenschaftsablegung nichts, die Augen vor dieser harten Wirklichkeit zu verschließen.

Die katholischen Staatsbürger unseres Volkes hatten damals in ihrer überwältigenden Mehrheit gestanden wie eine Mauer. Noch am 5. März 1933, am Tage der letzten einigermaßen freien Reichstagswahl, als Hitler schon im Besitze der Herrschaft war, erlitten die katholischen Parteien kaum wesentliche Einbußen. Und die Sozialdemokraten hatten, wenn auch schwer zerzaust, den Kern ihrer Wähler erhalten. Der größte Teil des evangelischen Bürgertums aber hatte in der Stunde der Versuchung versagt. Jeder der in Treysa und in Stuttgart anwesenden Kirchenführer sah sich vor die bittere Notwendigkeit gestellt, sich mit der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die Geschichte Deutschlands, ja die Weltgeschichte anders verlaufen wäre und daß Hitler niemals hätte zur Macht kommen können, wenn die evangelische Welt in Deutschland dem Nationalsozialismus einen ebenso einigen und entschlossenen Widerstand geleistet hätte wie die katholische Welt.

Es mußte Buße getan werden. Dies war offenkundig. Wie hatte man es im Konfirmandenunterricht gelernt? „Buße tun heißt, die Sünde erkennen, bekennen, bereuen, lassen, wiedergutmachen und der Besserung des Lebens sich befleißigen.“ Weiterhin erinnerte sich der Laie daran, daß ihm sein Konfirmandenlehrer einst gesagt hatte: „Allgemeine Buße bedeutet gar nichts. Nur zu sagen, ich bin ein Sünder, ist billig. Echte metanoia, echte Sinnesänderung kommt nur zustande, wenn die Sünde konkret erkannt und bekannt wird.“ Nur dieser Weg war gangbar. Er mußte beschritten werden.

Es war Buße zu tun wegen der politischen Sünden der Kirchen. Die evangelischen Kirchen waren gefordert gewesen, das ihr neu anvertraute Volk in der Stunde der Versuchung vor dem falschen Propheten zu warnen. (Ezechiel 3, 16—18). Sie hatten bei der Erfüllung dieser Aufgabe versagt. Diese politische Schuld mußte erkannt und bekannt werden. Dem Volk mußte ein neuer Weg in die Zukunft gezeigt werden. Es mußte ihm Unterweisung für sein künftiges politisches Verhalten gegeben werden.

Würden sich die führenden Männer der Kirche in Treysa und in Stuttgart entschließen, diesen harten, aber einzig richtigen Weg zu gehen? So fragte damals der Laie.

III.

Was geschah? Es war in der damaligen Zeit nahezu unmöglich, sich darüber erschöpfend zu unterrichten. Die Nachrichtenübermittlung war mangelhaft. Gedruckt durfte nur werden, was die Militärregierung genehmigte. Genaue Kenntnisse von dem, was sich in den schwierigen Verhandlungen ereignete, hatten nur die wenigen Persönlichkeiten, die an den Konferenzen teilnahmen. Heute ist vieles, aber längst nicht alles und sicher nicht alles, was entscheidend war, in Büchern abgedruckt. Auch heute noch ist es deshalb nicht ganz leicht, sich ein Urteil über jene so bedeutsamen Vorgänge in Treysa und Stuttgart

zu bilden. Ist der einzig gangbare Weg der konkreten, politischen Buße von den Häuptern der Kirche damals beschritten worden?

Das, was am raschesten bekanntgeworden ist, war das „Stuttgarter Schuldbekennnis“. Es war bald schwer umstritten. Sein eigentlicher Urheber war der damalige Pastor **Asmussen**. Als die Deutschen sich vor die Fragen der plötzlich aus dem Ausland erschienenen Vertreter der Ökumene gestellt sahen, nahm als erster **Asmussen** das Wort und erklärte schlicht und einfach:

„Liebe Brüder, ich habe an Euch gesündigt als Glied eines Volkes, weil ich nicht besser geglaubt habe, weil ich nicht reiner gebetet habe, weil ich nicht heiliger Gott mich hingegeben habe. Gerade weil ich mein Volk lieb habe, kann ich nicht sagen: Alles was sich mein Volk zu Schulden kommen ließ, das geht mich nichts an! Nein, das alles tat mein Fleisch und Blut. Da gebietet mir die Liebe zu sagen, was ich gesagt habe. Ich stehe zu dem, was mein Volk tat. Und nun bitte ich, verzeihet mir!“

Ein wahrhaft ergreifendes Bekenntnis, das, obgleich es nicht auf politische Sachverhalte einging, doch außerordentliche und sehr positive politische Auswirkungen hatte. Ein Mann, der die Wahrheit liebte, bahnte der Kirche den Weg zur Freiheit.

An der Einstellung von Landesbischof **D. Wurm**, dem neugewählten Vorsitzenden des Rates der EKD, einer Zentralfigur des Kirchenkampfes, wurde die neubezogene Stellung der Kirchenführer zu der politischen Problematik der Situation besonders deutlich. Ich kann dies aus eigener Beobachtung und Erfahrung bezeugen.

D. Wurm war einst Abgeordneter der Deutschnationalen Partei im württembergischen Landtag gewesen. Um die Mitte der zwanziger Jahre trat der Christliche Volksdienst in Württemberg mit seiner Forderung einer „Politik aus Glauben und Gehorsam gegen Gott“ und mit seiner Bemühung, „Kräfte und Verpflichtungen des Evangeliums im öffentlichen Leben unseres Volkes wirksam werden zu lassen“ hervor. Der damalige Prälat von Heilbronn, **D. Wurm** aber schrieb in der „Deutschnationalen Zeitung“ Stuttgarts den ersten kämpferischen Leitartikel gegen den Volksdienst. Er ist Deutschnationaler gewesen und es wohl auch bis zum Jahre 1934 geblieben. Der Volksdienst und seine Abgeordneten galten damals bei vielen Theologen und auch bei vielen Laien in der Kirche nicht als „couleurfähig“. Seine Grundhaltung war zu neu und zu ungewöhnlich. Im Jahre 1945 aber brauchte man mit einem Mann wie **D. Wurm** darüber nicht mehr zu streiten. „Sie haben Recht gehabt. Ich habe Unrecht gehabt. Verzeihen Sie mir“, so trat er damals führenden Männern des Volksdienstes entgegen. Es war nicht nötig, ihm die Zahlenreihen der Wahlergebnisse der Reichstagswahlen der Jahre 1930—1933 aus dem Statistischen Jahrbuch unter die Nase zu halten. Er hatte längst begriffen, daß die evangelische Welt es war, die durch ihr politisches Versagen entscheidend zu der Katastrophe beigetragen hatte. Er zog, wie ich aus vielen Gesprächen mit ihm entnehmen konnte, aus dieser Erkenntnis sehr weitgehende Folgerungen. Sicher war er nach 1945 der Überzeugung, daß in der Zukunft keine Kirche mehr eine Existenzberechtigung haben werde, deren Glieder nicht imstande sein würden, sich auf dem politischen Felde zu bewähren, auf dem um die Herrschaft über die Welt und um den Anspruch Gottes an diese Welt gekämpft wird.

Nachdem Männer der Kirche, die in der vordersten Linie standen, so mutig und so tapfer den Weg der Sinnesänderung auch und gerade auch auf politischem Gebiet gingen, konnte der Laie hoffnungsvoll in die Zukunft sehen.

Erst lange nach Treysa und wohl auch erst nach der Stuttgarter Ratstagung wurde die „Politische Botschaft der Kirchenversammlung von Treysa“ bekannt. (Sie ist untenstehend im vollen Wortlaut abgedruckt.) Diese Botschaft, von der repräsentativen Kirchenversammlung offenbar einstimmig beschlossen, war das zentrale Ereignis von Treysa. Sie war wichtiger als alles andere, was in Treysa beschlossen wurde. Sie brachte nicht nur eine klare Absage an die politischen Irrtümer der Vergangenheit; sie brachte wesentliche und entscheidende Erkenntnisse für die Zukunft. In der Krise der Zeit war diese Botschaft wegweisend.

Dies aber waren die grundlegenden Erkenntnisse, die in dieser Botschaft ihren Ausdruck fanden:

1. Jede politische Gemeinschaft, in der sich nicht „Grundsätze christlicher Lebensordnung“ auswirken, verfällt der Gefahr dämonischer Entartung.
2. Es nützt nichts, fromm zu sein, wenn man die Welt dem Teufel überläßt.
3. Um den Anspruch Gottes an diese Welt und um die Freiheit der Christenmenschen in dieser Welt muß auf politisch-ideologischer Ebene und auf der Ebene des öffentlichen Lebens getritten werden.
4. Der politische Weg der evangelischen Christen muß möglichst gemeinsam mit den Katholiken, in jedem Falle aber in guter Zusammenarbeit mit ihnen beschritten werden.

Diese Erkenntnisse bedeuteten für die Welt des Protestantismus eine Revolution. Sie war längst fällig ge-

wesen und nun in Gang gebracht. Die politischen Weichen für die evangelische Christenheit Deutschlands waren gestellt. Würden die neu erschlossenen Geleise befahren werden?

Darüber würde die Zukunft entscheiden. Es mußte darum gekämpft werden. Ermutigt zogen in den von Hunger und Not geprägten furchtbaren Herbst- und Wintertagen des Jahres 1945 zahllose Laien in der evangelischen Kirche hinaus ins Land, um dem geschlagenen, zweifelnden und hoffnungslosen Volk die Botschaft von Treysa zu bringen. Die CDU war inzwischen gegründet worden.

IV.

Und heute? Leider weiß man im Jahre 1960, also nur 15 Jahre nach Treysa, in den theologischen Führungskreisen unserer Kirche von jener politischen Botschaft kaum mehr etwas.

Was der Kirche damals geschenkt wurde, scheint entweder vergessen zu sein oder verleugnet, ja verraten zu werden. Auf jeden Fall ist es so gut wie unbekannt. Wie eine pflichtvergessene Mutter ihr Kind am Straßendeckel aussetzt, so scheint die evangelische Kirche in ihren offiziellen Gremien dieses ihr Treysaer Kind ausgesetzt zu haben.

Man hat mir sogar gesagt, die so hochbedeutsame Botschaft von Treysa sei in keinem der „Kirchlichen Jahrbücher“ Deutschlands zu finden. Es habe sich nach 1945 in allen Landeskirchen sehr schnell eine politische Rich-

Ein Wort zur Verantwortung der Kirche für das öffentliche Leben

Die politische Botschaft der Kirchenversammlung von Treysa vom 28. August 1945

1. Das furchtbare Erlebnis der vergangenen 12 Jahre hat weiten Kreisen innerhalb und außerhalb der deutschen Kirchen die Augen dafür geöffnet, daß nur da, wo Grundsätze christlicher Lebensordnung sich im öffentlichen Leben auswirken, die politische Gemeinschaft vor der Gefahr dämonischer Entartung bewahrt bleibt. Aus dieser Erkenntnis erwächst der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) die große und schwere Aufgabe, weit stärker als bisher auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens und insbesondere der politischen Gemeinschaft einzuwirken.

2. Je stürmischer das Verlangen nach solcher Mitwirkung von außen an die Kirche herangetragen wird und je mehr ihre Pfarrer um Rat oder unmittelbare Mitarbeit im öffentlichen Leben gebeten werden, um so dringlicher wird die Frage nach dem rechten Verhältnis von Religion, Kirche und Politik. Sie ist bisher im evangelischen Kirchenraum nur sehr unzureichend bearbeitet worden und bedarf sowohl einer gründlichen theoretischen Klärung wie einer fortlaufenden praktischen Beantwortung angesichts der tausend wechselnden Lebensprobleme, die täglich neu aus dem politischen Raum an die Kirche herandrängen.

3. Es ist deshalb notwendig, bei dem Rat der EKD einen ständigen Ausschuß zu schaffen, der unter enger Zusammenarbeit von erfahrenen sachkundigen Laien und Theologen und Kirchenmännern diese Frage grundsätzlich klärt, zu neu auftauchenden Problemen des öffentlichen Lebens fortlaufend Stellung nimmt, in Gutachten und Ratschlägen sowohl für die Führer der deutschen Gesamtkirche wie für die einzelnen Landeskirchen, und so auch die öffentlichen Erklärungen der Kirchenführer vorbereiten hilft.

4. Darüber hinaus ist es notwendig, daß in den Landeskirchen und besonders in den Großstädten sich Laienarbeitskreise bilden, in denen sowohl grundsätzliche wie praktische Fragen des öffentlichen Lebens bearbeitet werden, unter geistlicher Leitung durch die Pfarrer, aber so, daß in erster Linie die Laienschaft mit ihrer praktischen Sachkenntnis die Arbeit und ihre öffentliche Verantwortung trägt. Allgemeines Ziel muß sein: die Sammlung und stete gegenseitige Befruchtung eines Kreises christlich gesinnter, verantwortungsbewußter Laien, die nicht nur das besondere Interesse der Kirche in den Amtsstellen der Verwaltung und den politischen Körperschaften vertreten, sondern die zugleich entschlossen sind, die Wahrung christlicher Lebensordnung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens durchzusetzen. Solche Vertrauensmänner sollte die EKD nach Möglichkeit in allen Parteien und Amtsstellen besitzen und zu immer neuer Fühlungnahme und gegenseitiger Verständigung sammeln.

5. Je besser dieses Ziel erreicht wird, um so weniger wird es nötig sein, daß der Pfarrer selbst sich in die politische Arbeit hineinbegibt. Wo sein Rat und seine unmittelbare Mitarbeit praktisch nicht zu entnehmen sind, darf er auch in solchem Dienst ein gutes Gewissen haben. Aber er muß sich der Gefahr bewußt bleiben, die in jeder Veräußerlichung seines Amtes ruht. „Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen.“ Er darf sich wohl in sächlicher Arbeit am öffentlichen Wesen betätigen, aber keinesfalls in den Tageskampf der Parteien und Gruppen hineinzerren lassen.

6. Die Kirche ist ihrem Wesen nach nie Partei, sondern tut ihren Dienst an allen politischen und sozialen Gruppen mit gleicher Liebe. Sie darf sich weder mit den Zielen und dem taktischen Vorgehen einer einzelnen Partei gleichsetzen, noch vollends sich von den Interessen einer Partei in ihren öffentlichen Äußerungen und ihrem politischen Verhalten überhaupt bestimmen lassen.

Dies schließt nicht aus, daß sie die Bildung einer politischen Partei, die sich selbst auf christliche Grundsätze verpflichtet, mit Wohlwollen aufnimmt, soweit diese etwa durch konkrete politische Verhältnisse notwendig wird. Sie wird sich aber aufs strengste davor hüten müssen, durch solches Wohlwollen in den Verdacht der Parteilichkeit gegenüber den christlichen Persönlichkeiten anderer Parteien zu geraten oder irgendwelchen Bestrebungen klassenmäßiger Absonderung eines Volksteiles von den anderen Vorschub zu leisten.

7. Die an vielen Orten bereits in Gang gekommenen Bestrebungen, politische Gegensätze zwischen Protestantismus und Katholizismus auszuräumen, die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen den Säkularismus zu betonen und so eine gegenseitige geistige und politische Annäherung beider Konfessionen vorzubereiten, verdienen ebenso unsere Unterstützung wie die Bemühungen katholischer Prälaten und Laienkreise, ein Wiederaufleben der ehemaligen Zentrumspartei zu verhindern und statt dessen ein politisches Zusammengehen beider Konfessionen auf dem Boden christlicher Union zu ermöglichen. Selbstverständlich muß darauf geachtet werden, daß die Zusammenarbeit beider Parteien auf der Grundlage voller Gleichberechtigung erfolgt.

8. Ganz besonderes Augenmerk muß auf das Eindringen christlichen Geistes in die Presse gerichtet werden. Schon jetzt zeigen praktische Erfahrungen in Berlin, daß unser Volk geradezu hungert nach einer Presse, die endlich an Stelle des Hasses und der Lüge Gerechtigkeit, Versöhnung und strenge Wahrhaftigkeit auch im öffentlichen Leben predigt.

tung durchgesetzt, die es fertiggebracht habe, diese Botschaft, schlicht gesagt, bewußt und gewollt zu unter-schlagen.

Ich kann nicht nachprüfen, ob diese Ansicht richtig ist. Weithin scheint sie richtig zu sein. In einer Reihe von Publikationen wurde wohl das Treysaer „Wort an die Gemeinden“, nicht aber die politisch ungleich wichtigere „Politische Botschaft“ abgedruckt. Ich habe Zweifel, ob diese Botschaft überhaupt in einem kirchlichen Amtsblatt oder in einem Gemeindeblatt veröffentlicht worden ist. In dem Standardwerk, dem Schneiderschen „Kirchlichen Jahrbuch 1945—1948“ (Bertelsmann-Verlag, Gütersloh) findet sie sich nicht. Schon dies scheint mir symptomatisch für die bestehende Lage zu sein.

Kann die Leitung einer unserer Landeskirchen von sich sagen, daß die Botschaft von Treysa für sie selbst und für die Glieder der Kirche die bestimmende Richtschnur des politischen Handelns ist?

Ist es nicht heute im Gegenteil so, daß diejenigen, die sich bei ihrem politischen Handeln von dieser Botschaft leiten lassen, Gefahr laufen, in ihrer eigenen Kirche von vielen nicht mehr als „couleurfähig“ angesehen zu werden? Hat man nicht die Laien in der Kirche, die von den Richtlinien dieser Botschaft geleitet in Gemeinderäten, in Landtagen, im Bundestag oder sonstwo ihren harten Dienst tun, weithin alleingelassen? Beziehen sie denn eine Kraftzufuhr von ihrer kirchlichen Gemeinschaft?

Ist die Zahl der evangelischen Christen, die einen politischen Arbeitsplatz in denjenigen Parteien, die sie zu wählen pflegen, bezogen haben, nicht geradezu erschreckend gering?

Gibt es nicht sogar evangelische Landesbischöfe, die in Gefahr stehen, nicht nur ständig „beschossen“, sondern von Theologen und Laien in der Kirche „abgeschossen“ zu werden, weil sie sich an Treysa halten? Sehen nicht die meisten politischen Kundgebungen unserer Kirche ihre Hauptaufgabe darin, sich von einer Partei zu distanzieren, die sich christlich nennt und deren evangelische und katholische Glieder sich ernsthaft bemühen, auf den Geleisen zu fahren, die durch Treysa erschlossen wurden?

Jedermann weiß, daß diese und zahllose weitere Fragen angesichts der politischen Verwirrung in unserer Kirche heute aufgeworfen werden müssen. Es kann nicht mehr länger geschwiegen werden. Politische Verführer sind in unserer Kirche am Werk. Es ist Zeit, sie beim Namen zu nennen. Der Protestantismus droht nicht nur für Deutschland, sondern für die Welt ein Platz zu werden, von dem nicht „Licht und Salz“, sondern Dunkelheit und Zersetzung ausgeht. Die politischen Streitigkeiten innerhalb unserer Kirche machen sie in steigendem Maße unfähig, das Gewissen der politischen Gemeinschaft unseres Volkes zu sein.

Wieder steht ein totalitärer Machthaber vor den Toren der Demokratie. Der Kommunismus, der aus der gleichen geistigen Wurzel erwachsen ist wie der Nationalsozialismus, aus der Irrlehre von der Autonomie und Selbstherrlichkeit des Menschen, begehrt die Herrschaft über die Welt.

Nicht wenige Theologen unserer Kirche aber erkennen dies nicht. Sie verharmlosen die unserer Freiheit drohende Gefahr. Sie verwirren die Geister. Sie liebäugeln mit dem Kommunismus. Sie kollaborieren mit dem Kommunismus. Sie haben sogar die Stirn, eine Theologie der Kollaboration mit dem Kommunismus zu entwickeln. Kurzum, sie tun genau das, was einst die „Deutschen

Christen“ in bezug auf Hitler und seine Anhänger getan haben. Der Kommunismus wird in der Kirche „couleurfähig“ gemacht. Diejenigen, die nicht mittun, werden heruntergerissen. Die Vertreter dieser Richtung sind militant. Sie haben keine Hemmungen, „konkret“ zu sprechen. Und das sieht dann etwa so aus:

„Der Spiegel“ Nr. 34 vom 17. August 1960:

„Albrecht Goes, 52, evangelischer Pfarrer und Schriftsteller, äußerte sich in der (kommunistisch orientierten) Hamburger Studentenzeitung ‚konkret‘ wie folgt:

„Ich kann wohl fast alles, was ein Mann fremden Landes und fremder Lebensform, was Chruschtschow in Paris und in Österreich gesagt, getan und nicht getan hat, verstehen, wenn auch nicht immer leicht. An Leute aber wie Schlamm, Strauß, Jaeger, Guttenberg, Hallstein und so weiter... kann ich nur auf solche Weise in Gram und Zorn denken, daß mir ihnen gegenüber nichts zu sagen bliebe als: Ihr habt einen anderen Geist, einen anderen Glauben, einen anderen Gott als ich.“

Die überwiegende Zahl der Pfarrer, der ihnen von ihren Kirchen (in diesem Falle in Einklang mit Treysa) gegebenen Weisung folgend, schweigt. Die Verführer reden. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird bald die Zeit zu neuen Schuldbekennnissen gekommen sein. Aber wird dann noch jemand da sein, der bereit ist, sie dieser Kirche abzunehmen?

V.

Es ist höchste Zeit, daß die evangelische Christenheit aufwacht. Wir stehen in einer Atempause der Weltgeschichte. Es liegt an uns, ob die nächste Phase der Geschichte apokalyptischen Charakter haben wird oder nicht.

Von Mao Tse-tung sagt man, er werde von einer „atemberaubenden Vision einer neuen Welt“ vorangetrieben.

Welches ist die „atemberaubende Vision einer neuen Welt“ von der die Christen vorangetrieben werden? Haben wir etwa keine? Haben wir evangelischen Christen unserem Volk und der Welt nur den politischen Streit unserer Kirche zu bieten?

Eberhard Stämmler, ein schwäbischer Theologe, schrieb in seinem jüngst erschienenen, äußerst interessanten Buch „Protestanten ohne Kirche“ (Kreuzverlag, Stuttgart) folgende Sätze:

„Weil die Christenheit von der letzten Zukunft her zu denken vermag, hat sie auch das Recht, am ‚fortschrittlichsten‘ zu denken. Darum dürfen sich die Christen nicht jeweils als die letzte Nachhut zäh an die entweichende Vergangenheit hängen, sondern sie müssen jeweils unter den Spitzenreitern sein, die, auf das letzte Ziel vorausschauend, die Entwicklung der Gesellschaft führend mitbestimmen. Sie haben nicht nur theologisch vorauszu-denken, sondern die aus dem Glauben gewonnene Einsicht sollte sie dafür frei machen, daß sie zerstörende Ordnungen entgiltten, schlechte Ordnungen verbessern und falsche Ordnungen durch richtige ersetzen.“

Vertreiben wir die politischen Verführer aus unseren Reihen!

Theologen und Laien aber mögen sich ermannen (Daniel 11, 32). Sie mögen sich zur rechten Zusammenarbeit entschließen. „Alle Christen sind wahrhaft geistlichen Standes.“ Ihnen ist in der Tat eine „atemberaubende

Vision einer neuen Welt" gegeben, in der nicht Knechtschaft und Entwürdigung, sondern die Freiheit im Mittelpunkt steht. Niemand sonst hat diese Vision.

Mögen sie nun auf den politischen Kampfplatz treten. Mögen sie nun allesamt politische Arbeitsplätze wählen, was sie bisher, von Furcht erfüllt, nicht getan ha-

ben, was sie aber tun müssen, um die Revolution von Treysa zu verwirklichen. Unser Volk hungert nach ihrer Botschaft. Sie muß von Haus zu Haus, von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt getragen werden. Die Weichen sind in Treysa richtig gestellt worden. Werden sie jetzt befahren werden?

FRAUEN UND NOTDIENST

von Bundesminister des Innern Dr. Gerhard Schröder

In den letzten Wochen hat es über den Plan eines Notdienstes viele lückenhafte oder auch unzutreffende Berichte gegeben, die bei vielen Frauen zunächst einmal Unbehagen und Mißtrauen ausgelöst haben. Davon ausgehend, daß nicht nur die männliche, sondern auch die weibliche Bevölkerung zu einem Notdienst herangezogen werden kann, fragt sich manche Frau besorgt, was sich da wohl in Bonn zusammenbraue an höchst unerfreulichen Störungen ihres privaten Lebens. Diese Frage ist berechtigt. Ich will darauf antworten.

Es geht um das Schicksal der Zivilbevölkerung

Der Gesetzentwurf, um den es sich hier handelt und dessen genauere Kenntnis viele falsche Vorstellungen berichtigen würde, heißt das Notdienstgesetz. Dieses Gesetz will sicherstellen, daß auch im Verteidigungsfall das Leben der Zivilbevölkerung seinen Fortgang nimmt. Es will Vorsorge treffen, daß z. B. Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerke weiterarbeiten, daß der Personen- und Güterverkehr sich abwickelt, daß in Krankenhäusern Ärzte und Pflegepersonal zur Verfügung stehen, daß die Milch für unsere Kinder angeliefert wird und die für die Ernährung wichtigen Betriebe nicht einfach schließen.

Für alle diese Aufgaben und Betriebe muß deshalb in einer vorausschauenden Planung das erforderliche Schlüsselpersonal ausgewählt werden. Dieses Personal muß schon in Friedenszeiten sogenannte Bereithaltungsbescheide erhalten, die es verpflichten, im Ernstfall an seinem Arbeitsplatz zu bleiben. Der Verteidigungsfall wird der Verwaltung und Wirtschaft zudem neue Aufgaben stellen; diese sind mit den vorhandenen Kräften nicht zu bewältigen. Auch müssen Hilfsdienste für den Luftschutz eingerichtet werden. Hilfskrankenhäuser werden Ärzte und Pflegepersonal benötigen. Ein großer Teil der hier gebrauchten Kräfte muß ebenfalls schon im Frieden verpflichtet, eventuell auch in die neuen Aufgaben eingewiesen und dafür ausgebildet werden.

Alle Notdienstleistungen kommen aber nur für den Ernstfall in Betracht oder doch erst für eine Zeit akuter Spannungen, die den Verteidigungsfall unmittelbar auszulösen drohen. Alle Leistungen sind nichtmilitärischer Art.

Zuerst die Freiwilligen

Der Personalbedarf für diese verschiedenen Aufgaben ist sehr groß. Gewiß appellieren wir in erster Linie an die Freiwilligen. Aber die Zahl der Freiwilligen reicht keineswegs aus, so groß auch immer der Idealismus der Helfer ist, die im Deutschen Roten Kreuz, im Technischen Hilfswerk, im Bundesluftschutzverband und in den Freiwilligen Feuerwehren tätig sind. Deshalb muß durch die Einführung einer Notdienstpflicht die Möglichkeit geschaffen werden, über den Kreis der Freiwilligen hin-

auszugreifen. Denn nur dann, wenn eine genügend große Zahl von Helfern bereitsteht, können die lebenswichtigen Dienstleistungen so organisiert werden, daß im Falle eines Krieges ein Chaos vermieden, das Leben und die Gesundheit eines möglichst großen Teiles des Volkes bewahrt und vor allem unsere Frauen und Kinder vor den Gefahren moderner Vernichtungswaffen geschützt werden können.

Wenn die Bundesregierung jetzt auf die Einführung einer Notdienstpflicht dringt, so besagt das nicht, daß sie das Ethos der Freiwilligkeit gering achte. Der Entwurf des Notdienstgesetzes ist ja in erster Linie auf die Freiwilligkeit abgestellt. Dies ist hervorzuheben, weil verschiedentlich behauptet worden ist, der Entwurf kenne nur eine zwangsweise Verpflichtung zum Notdienst. Richtig ist, daß erst dann, wenn alle Möglichkeiten des freien Arbeitsmarktes ausgeschöpft sind und auch der Weg der Freiwilligkeit nicht zum Ziele führt, Zwangsmaßnahmen getroffen werden dürfen.

Aufgaben der Frau

Verschiedene der in Betracht kommenden Aufgaben können nur von Frauen gelöst werden. Das gilt von der Arbeit auf karitativem Gebiet, von den Aufgaben im Luftschutzbetreuungsdienst und in der Krankenpflege. Auch hier ist der Personalbedarf sehr groß. Allein für den zivilen Gesundheitsdienst werden im Verteidigungsfall über 130 000 zusätzliche Krankenpflegerinnen benötigt. Bisher haben aber die jahrelangen Bemühungen verschiedener Organisationen, freiwillige Pflegerinnen in Kursen zu schulen, nur zur Ausbildung von insgesamt 10 000 Frauen geführt. Diese Zahl wächst jährlich um etwa 900 zusätzliche Kräfte. Auch hier zeigt sich demnach, daß die Freiwilligen nicht ausreichen werden. Nach dem Gesetzentwurf sollen daher auch Frauen im Bedarfsfall zum Notdienst herangezogen werden können.

Ich möchte noch einmal hervorheben, daß bei der zivilen Dienstpflicht nur Dienstleistungen nichtmilitärischer Art gefordert werden können. Dabei werden für die Frauen nach dem Willen der Bundesregierung überhaupt nur solche Dienstleistungen in Frage kommen, die sich mit dem Wesen und der Würde der Frau vereinbaren lassen.

Nicht alle werden herangezogen

Gegenüber dem Notdienst der Männer sind für den Notdienst der Frauen viele Erleichterungen und Ausnahmen vorgesehen. So ist zwar zur unteren Altersgrenze für Mann und Frau das 18. Lebensjahr bestimmt worden, jedoch ist die obere Altersgrenze für Frauen nicht wie bei den Männern auf das 65. Lebensjahr festgelegt worden, sondern sie soll auf das 55. oder möglicherweise 50. Lebensjahr herabgesetzt werden. Selbstverständlich kommen für eine Heranziehung zum Notdienst in erster Linie die Frauen und Mädchen in Betracht, die bereits im Frie-

den in einem Beruf tätig sind. Frauen nehmen ja heute in Verwaltung und Wirtschaft wichtige Arbeitsplätze ein; sie sind bei vielen lebenswichtigen Aufgaben so unentbehrlich geworden wie die Männer. Unser Gesetzentwurf ist sich bewußt, daß es zugunsten der Frauen, die Familie und Kinder zu betreuen haben, einer Reihe besonderer Privilegien bedarf. Über einzelne Bestimmungen wird, nachdem der Bundestag den Gesetzentwurf am 28. September in erster Lesung beraten hat, in den Ausschüssen des Parlaments noch zu sprechen sein.

Man verlangt vom Gesetzgeber ein wirklichkeitsnahes Gesetz, das die großen Anforderungen eines Ernstfalles realistisch sieht. Soweit hierbei die besondere Situation der Frauen zu bedenken ist, wissen wir einerseits, daß im Verteidigungsfall eine Vielzahl von Frauen für eine Tätigkeit nötig wäre, die der Allgemeinheit dient. Andererseits ist es nur natürlich, daß sich die Mutter in erster Linie um ihre Kinder kümmert. Der Gesetzgeber steht vor der schweren Aufgabe, diese beiden Tatbestände, die in der Praxis eines Notdienstes schwer zu vereinen sind, angemessen zu berücksichtigen.

Die Heranziehung zum Notdienst soll im allgemeinen bei den Arbeitsämtern liegen. Das bewährte Prinzip der Arbeitsbehörden, nach dem die Arbeitsvermittlung und Berufsberatung von Frauen möglichst durch Frauen ausgeübt wird, gilt auch für die Heranziehung zum Notdienst. Selbstverständlich steht allen, die sich durch eine behördliche Verfügung in ihren Rechten beeinträchtigt fühlen sollten, der Rechtsweg vor den allgemeinen Verwaltungsgerichten offen.

Kurse von höchstens 100 Stunden im Jahr

Die Anforderung von Notdienstleistungen ist — wie gesagt — beschränkt auf den Verteidigungsfall oder doch auf eine Zeit akuter Spannungen, die den Verteidigungsfall alsbald auszulösen drohen. Allerdings können bereits im Frieden Notdienstpflichtige für Aufgaben, die sie im Ernstfall wahrnehmen sollen, vorsorglich ausgebildet werden. Das liegt oft auch im Interesse der Dienstpflichtigen selbst. Beispielsweise werden Männer im Luftschutzbranddienst ohne unnötige eigene Gefahr anderen nur helfen können, wenn sie schon im Frieden ausgebildet worden sind. Diese Ausbildung im Frieden darf 14 Tage oder 100 Stunden im Jahr nicht übersteigen. Das gilt auch für eine Einweisung in die Aufgaben, die den Frauen gestellt sind. Da für eine Ausbildung in Friedenszeit stets nur ein relativ geringer Teil der Frauen in Betracht kommt, besteht hier die Möglichkeit einer sehr weitgehenden Rücksichtnahme auf die persönlichen Verhältnisse. Unnötige Härten können in jedem Fall vermieden werden.

Es werden sich mehr Freiwillige melden

Die weiblichen Abgeordneten der Opposition, die im Bundestag zu dem Entwurf Stellung genommen haben, lehnten einen Notdienst der Frauen nicht grundsätzlich ab. Sie wandten sich aber gegen eine Dienstpflicht, einen Zwang. Sie übersehen dabei, daß aber gerade die Dienstpflicht die Möglichkeit bietet, die Bemühungen um eine Heranziehung von Freiwilligen zu verstärken. Denn durch das Gesetz, das u. a. die arbeitsrechtlichen Verhältnisse, Vergütung und Versorgung bei einer Dienstbeschädigung regelt, erhalten alle Freiwilligen nun auch einen rechtlich gesicherten Status. Erfahrungen, die auf anderen vergleichbaren Gebieten gesammelt werden konnten, zeigen auch, daß in demselben Moment, in dem es eine Dienstpflicht gibt, ein sehr gesunder und nütz-

licher Ansporn zur Freiwilligkeit ausgelöst wird. Sobald nämlich jemand weiß, daß er im Ernstfall herangezogen werden wird, wird er sich oft durch eine freiwillige Meldung die Möglichkeit sichern, die Dienstart seinen Neigungen entsprechend zu wählen. Auch weiß ich, daß zahlreiche jüngere Frauen durchaus bereit wären, gewisse Ausbildungslehrgänge mitzumachen, sofern sie dafür bei ihrem Dienstherrn genügend Verständnis fänden. Ihnen böte das Gesetz einen Ausweis, den der Dienstherr besser einschätzen würde als den vielleicht nur als störend empfundenen Wunsch seiner Angestellten, sich „an irgendeinem Kursus“ zu beteiligen.

Notdienst — keine deutsche Erfindung

Die Notdienstpflicht ist keineswegs eine deutsche Erfindung. Viele Staaten kennen sie, mag auch der Umfang im einzelnen verschieden sein. Gesetzliche Regelungen für einen Notdienst auch der Frauen bestehen in Norwegen, Schweden, Finnland, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Italien, Portugal, Griechenland und der Türkei. Auch diese Staaten können sich trotz eines oft stark ausgebildeten Gemeinsinns ihrer Bürger nicht allein auf den Appell an die Freiwilligkeit verlassen. Dafür steht im Ernstfall zuviel auf dem Spiel. Und deshalb verzichten sie nicht auf eine gesetzlich festgelegte Pflicht der Notdienstleistungen. Dürfen wir darauf verzichten? Sicher nicht! Denn es wäre wirklichkeitsfremd, wollten wir die Augen vor Aufgaben verschließen, auf die die Bevölkerung anderer Länder den Blick nüchtern richtet.

Aufruf zur Mitarbeit

Es gibt im Parlament und in der Regierung niemanden, der nicht den inständigen Wunsch hätte, der Verteidigungsfall möge nie eintreten. Unsere ganze Politik dient ja gerade dem Ziel, ihn zu verhindern. Denn wer wüßte nicht, daß im Ernstfall auch die Frauen vor schweren Aufgaben stünden. Würden aber Regierung und Parlament es versäumen, Vorsorge für diese Zeit äußerster Bedrängnis zu treffen, so hätten die Frauen geradezu die Pflicht, eine entsprechende Gesetzesvorlage zu fordern. Nicht nur, weil es darum geht, in der Stunde der Gefahr Leben und Gesundheit eines möglichst großen Teiles unseres Volkes zu retten. Sondern den Frauen müßte auch daran gelegen sein, daß schon im Frieden festgelegt werde, was man im Krieg von ihnen verlangen und was von ihnen nicht gefordert werden darf.

Der Regierungsentwurf steht zur Diskussion. Er findet manche Kritik. Das ist eine völlig natürliche Reaktion auf ein Gesetzgebungswerk, das von den harten Pflichten handelt, vor die eine Notzeit den Einzelnen unausweichlich stellen wird. Wer davon spricht, findet nur unwillig Gehör. So fehlt es denn nicht an Unmutsäußerungen, wohl aber an konstruktiven Vorschlägen, die allein weiterhelfen könnten. Die Frauen dürfen gewiß sein, daß ernsthafte Vorschläge von ihrer Seite alle Aufmerksamkeit finden werden. Die Ausschußberatungen im Bundestag beginnen demnächst. Mögen unsere Frauen und die zentralen Frauenverbände durch geeignete Mitarbeit sicherstellen, daß das künftige Gesetz nicht nur „rein männliche“ Züge trägt, wie es dem Entwurf zu unrecht vorgeworfen worden ist. Es geht hier um eine Aufgabe, von der uns niemand befreien kann, eine Aufgabe, die so gelöst werden soll, wie es der Sorge und Verantwortung für die Zivilbevölkerung, für Frauen, Mütter und Kinder, entspricht.

WARUM ER DIE WARTBURG VERLIESS...

Der Kunsthistoriker Dr. Sigfried Asche, den die „Staatliche Kommission für Kunstangelegenheiten“ der Sowjetzone 1952 als neuen Direktor der Wartburg-Stiftung berufen hatte und der sich seither um die bauliche Sicherung und stilgerechte Restauration der Wartburg auch von kirchlicher Seite dankbar anerkannte Verdienste erwarb, hat sich mit seiner Familie in die Bundesrepublik begeben. Der Brief an Grotewohl, mit dem er seine Flucht aus der Sowjetzone begründet, ist ein erschütterndes Dokument. Wir veröffentlichen ihn daher nachstehend im vollen Wortlaut:

„Herr Ministerpräsident,

hierdurch teile ich Ihnen mit, daß ich mit Beendigung meines Urlaubs am 1. 10. 1960 die Bundesrepublik bitte, meine Familie und mich aufzunehmen.

Ich habe meine Meinung immer offen vertreten und bedaure deshalb, daß ich diesen Schritt tun mußte, ohne Sie vorher zu benachrichtigen. Um meiner und meiner Familie Sicherheit willen werden Sie dafür Verständnis haben. Die hauptsächlichsten Gründe meines Entschlusses gebe ich Ihnen deshalb hierdurch bekannt.

Der von mir seinerzeit verfaßte Protest der Museumsleiter der DDR gegen den Abbruch des Berliner Schlosses ist Ihnen bekannt. Ich habe auch jederzeit den Standpunkt offen vertreten, daß die von konjunkturell verdorbenen Leuten befürwortete Sprengung dieses einmaligen Kunstdenkmals eine Kulturschande sei.

Es ist Ihnen bekannt, wie oft ich mich gegen den nur als Leichenschändung zu bezeichnenden Abbruch der Dresdner Baudenkmäler schriftlich wandte. Der Einwand, daß die alte Bürgerstadt einer neuen sozialistischen Stadt im Wege wäre, ist absurd. Über die Sprengung der tadellos erhaltenen Großen Meißner Gasse liegt mein Protest zumindest noch in den Akten des Denkmalrates Dresden. Wissen Sie, daß es damals Wissenschaftler gab, die sich anboten, die Zündschnüre zu entfernen, weil der Sprengtrupp keinen Mut dazu hatte?

Herr Tzschorn war entrüstet

Sie kennen meine Proteste wegen des Abbruchs der Rampischen Gasse. Diese Sprengungen erfolgten deshalb, weil die Polizei angeblich einen Parkplatz brauchte, und das in der damaligen Rattenwüste, die vom Hauptbahnhof bis zur Carolabrücke leer war. Sie schickten in jenen Tagen Herrn Tzschorn (persönlicher Referent von Grotewohl — Red.) zur Wartburg, damit er mit mir die Fragen durchspreche. Er war, wie auch Sie, entrüstet, daß die Abbrüche und die jämmerlichen Neubauprojekte den Charakter der Stadt vernichteten.

Das sind Herrn Tzschorns Worte, gesprochen in der Wartburg! Herr Ulbricht hat ja daraufhin in Dresden geäußert, daß nun nichts mehr abgebrochen würde. Aber Herr Seydewitz (Generaldirektor der Staatlichen Sammlung Dresden — Red.) hat späterhin das kindische Parkplatzproblem wiederum als Begründung aufgewärmt, als er die mühevoll sortierten und nummerierten Bausteine der Frauenkirche vernichten ließ. Bis dahin war es leicht, die Frauenkirche, jene künstlerisch letzte Vollendung der abendländischen (Sie lieben das Wort sicher nicht, trotzdem existiert es) Zentralbauidée, aus den vorhandenen Steinen für 15 Millionen im Rohbau ‚der Menschheit zu bewahren‘.

Es ist trotz der durchaus absichtsvollen Vernichtung des originalen Materials auch heute noch möglich und unerläßlich nötig, die Frauenkirche wieder aufzubauen. Was sind das für unsinnige Reden, zu behaupten, sie habe vor ihrem Bau auch nicht da gestanden! Herr Tzschorn fragte mich seinerzeit nach der Bausumme, nannte sie klein und durchaus freigabemöglich.

Sie kennen meine Proteste gegen den seit 1953 bereits geplanten Abbruch von Schloß Georgentor, Sophienkirche und Taschenbergpalais. Auch heute noch ist ihre

Erhaltung eine Frage, die von der Gutwilligkeit oder Böswilligkeit gewisser Kreise abhängt. Sie haben ja einmal eingegriffen, als man die Oper abbrechen und damit eine der bedeutendsten Platzanlagen Europas vernichten wollte. Sie wissen also, welche Maßnahmen man erwog, und müssen ja daraus selbst den Schluß ziehen, daß gerade Ihre Partei nie das Recht hat, ausschließlich vom Dresdner Bombenterror zu reden, denn das, was Ihre Partei tat, vollendet ja nur den Terror.

Skrupelloser Vernichtungswille von Nichtskönnern

Freilich, man hat das kleinbürgerlich-protzenhafte Berliner Theater als auch nur angebliche Imitation wieder errichtet, aber für die rund 90 Mill. Mark Baukosten hätte man 3 Opernhäuser großartig wiederherstellen können. Sie wissen, wie unbrauchbar noch dazu die Einrichtungen der Staatsoper sind. Die tschechischen Denkmalfleger geben die Sparsamkeitsquote beim Wiederherstellen immerhin mit 40 Prozent an.

Warum mußte der bis zur letzten Fiale vorzüglich erhaltene Turm der Dresdner Johanniskirche, der allerdings wohl zu weithin sichtbar im leeren Gelände stand, gesprengt werden? Man antworte nicht, daß die Kirche einverstanden gewesen sei — was sollte sie anderes tun?

Kennen Sie den Briefwechsel, den ich wegen des tadellos erhaltenen Gothaer Theaters vergeblich führte? Der Grund zur Sprengung lag nicht in der Beschaffung der 40 000 Mark Sicherungskosten. Kennen Sie die Volksmeinung über den Abbruch? Wissen Sie, daß man Wiederherstellungen und Sanierungsmaßnahmen an kirchlichen Bauten im Kreis Eisenach seit Jahren ablehnt, weil dafür keine gesellschaftliche Notwendigkeit vorhanden sein soll?

Wer gab Ihnen die Auskünfte, daß die im Gange befindliche Vernichtung der besten Berliner Bautradition, der Abbruch der Wismarer Marienkirche und des Stadttors in Stralsund notwendig seien? Die Antwort, die Sie einem unserer namhaftesten Wissenschaftler gegeben haben, ist unbefriedigend. Können Sie das Maß einschätzen, welches Sie durch den skrupellosen Vernichtungswillen wahnsinniger Nichtskönner füllen lassen?

Unersetzliches Kunstgut unter Schutt und Staub

Nebenbei: Nichtskönner. Ich suchte die beiden berühmten Figuren Permosers: ‚Apoll‘ und ‚Minerva‘ (signiert, datiert). Schließlich fand ich sie. In den musterhaften Dresdner Kunstsammlungen geht man, weil das richtige Tor vermauert wurde, durch ein winziges Hintertürchen, kommt in einen Raum mit Schutt, Gipsbruch und Figuren und kann dann das unersetzliche Kunstgut finden. Es liegt, mit hohem Staub bedeckt und von Abraum bedrängt, in der hintersten Ecke, eine Figur ist mitten durchgebrochen.

‚Der Menschheit bewahrt‘...

Seit etwa einem halben Jahr freilich werden, möglichst ohne Mitwirkung zuständiger Stellen, Potemkinsche Dörfer errichtet, um schuldbewußt ein Gegenteil zu demonstrieren. Ein Beispiel: Ich habe mich 8 Jahre lang bemüht, in Eisenach und im Kreis einiges wiederherstellen

zu lassen. Wie dornenvoll der Weg war, sagen die Akten.

Da steht im Juni 1960 eine Tagung mit westdeutschen Kommunalpolitikern bevor. Man ist voller Stolz: Zweihundert westdeutsche Bürgermeister kommen zur Wartburg! Und nur aus diesem Grunde — das ist authentisch und aktenkundig! — wurde in 14 Tagen der ganze Markt zu Eisenach mit Gerüsten umstellt, damit die teils vor zwei Jahren unter unsagbaren Kämpfen gegen Ihre Funktionäre eben erst wiederhergestellten Fassaden erneut, also gleich zweimal, und noch dazu einige mehr frisch bemalt werden konnten.

Zur gleichen Zeit prasselten Sandstrahlgebläse über die Steinfassaden und vernichteten natürlich die Substanz und die Qualität alter Figuren, Fenster- und Türgewände für immer. Diese denkmalpflegerische Untat wendet seit Jahrzehnten kein Fachmann mehr an — aber um des Potemkinschen Dorfes der Denkmalpflege willen, welches den westdeutschen Bürgermeistern vorzustellen ist, darf man jedes Mittel anwenden.

Genau in jenen Tagen stellen sich früh 6 Uhr die Hausfrauen auf eben diesem Marktplatz an, um Salat zu kaufen. 6.30 Uhr war alles ausverkauft. Nachts aber leuchtet Neon in gräßlicher Proportion über den Markt: ‚Gemüse‘. Weil man sonst nichts zu schreiben mußte, aber Neon Befehl war, ließ man daneben leuchten: ‚Kiosk‘. Und nun lassen Sie sich nur für Eisenach die Zahl der baufälligen Häuser nennen. Fragen Sie, wie lange es währt, bis eine Dienststelle oder gar ein Privatmann oder eine Kirchengemeinde auch nur eine Gerüststange oder auch nur einen Handwerker bekommen darf. Das steht nicht im Plan.

Ich setze nunmehr meine Person und meine Familie ein, um damit zum letzten und doch wohl sinnfälligsten Protest zu kommen. Wie soll ich mit meinem ehrlich erworbenen Titel noch meinem Beruf dienen und damit vor der Allgemeinheit gerechtfertigt werden, wo diesem Beruf die primitivsten Grundlagen gewalttätig entzogen werden?

Schikanen, Fälschungen, Denunziationen, Terror

Es hat niemand in der DDR das Recht dazu, die Wartburg als Muster der staatlichen Denkmalpflege hinzustellen. Es ist Ihnen bekannt, unter welchem Einsatz ich die Arbeiten gegen die unmöglichsten Einwände durchsetzen mußte, daß ich gefährlichste Nichtskönner, die man mir vorzusetzen sich erlaubte, wegmanövrieren mußte (‚Die Palastfront ist mit den fortschrittlichsten Formen der spätromanischen Architektur dekorativ auszugestalten ...‘ — aus dem Protokoll). Dieser Irrsinn ging bis zu jenem wesentlich falsch verfaßten Protokoll des Architekturbeirats beim Ministerium des Aufbaus, welches mich und meine Mitarbeiter zitiert hatte, obwohl es gar nicht zuständig war. Sie wissen, daß man von dort her aufgab. Von den Materialschwierigkeiten, die zermürend genug waren, will ich schweigen.

So konnte ich schon 1954 und endgültig in diesen Tagen die Burg wieder so herstellen, daß sie jeder Prüfung durch Fachleute aus dem unteilbaren Deutschland, welche die 60jährigen Probleme kennen, standhält. Dieser wissenschaftliche Erfolg ließ freilich jene Funktionäre nicht ruhen, die vor meiner Berufung 1952 im Stiftungsausschuß gesessen hatten und damals ausgebootet wurden. Besonders jenen Herrn Markwitz. Er war verbittert und sah in mir den Feind der Republik, weil ich die von ihm angebrachten Sichtwerbungen in der Wartburg bereits im August 1952 entfernt hatte. Das Kreuz des Bergfrieds aber, das ich bereits 1952 entfernen sollte, ist heute noch an seinem Platz.

Im Sommer 1957 war es dann soweit: Vor einer Gruppe mißvergnügter Faulpelze, Denunzianten und der Staat-

lichen Kontrolle mußte ich mich offiziell gegen eine an alle nur möglichen Dienststellen gesandte Denkschrift des Herrn Markwitz wehren. Diese Sammlung von Denunziationen brach in ihrer Haltlosigkeit zunächst zusammen, aber die Kreaturen, die man mir als Verwaltungsfachleute und BGL-Diktatur (BGL = Betriebsgewerkschaftsleitung — Red.) aufgezwungen hatte, brachten es zum Prozeß und zum vorbereiteten Haftbefehl.

So leitete denn der Staatsanwalt unter dem Vorwand meiner Rehabilitierung den Prozeß ein, in dem ich vom Zeugen zum Angeklagten umgespielt wurde. Da selbst von einigen Funktionären dieser Prozeß als kalter Terror erkannt wurde, konnte ich es mit letzter Kraft erreichen, daß man den Richter Kasten in Urlaub schickte und den Prozeß kassierte. Trotzdem wurden 500 Schöffen zur Diskussion und Resolution gezwungen, und trotzdem hielt der FDGB (der gleichgeschaltete Gewerkschaftsbund der Zone — Red.) mit allen Mitteln die alten Denunzianten, so daß ich schließlich aus dem FDGB austrat.

Parteilpolitische Lektorenwünsche, ministerielle Zensur

Für mich gab es kein Zugeständnis, die Wartburg blieb frei von jeder Verfälschung. Meine Bücher haben die sehr zeitgebundenen parteipolitischen Zusätze trotz aller Lektorenwünsche nie erhalten, wenn ich auch für die dritte Auflage des Wartburgbuches, allein seinem Erscheinen zuliebe, dulden mußte, daß ministerieller Anordnung gemäß das Nachwort fehlt und der Vorwortsatz, mit dem man bisher die Waschzettel füllte: ‚Die Wartburg ist das Denkmal der unteilbaren Kultur im unteilbaren Deutschland‘ um die drei letzten Worte verstümmelt wurde. Sie selber hatten ja wohl gewünscht, daß in meinen Schriften etwas stünde von dem das Volk ausbeutenden Feudalismus beim Burgbau und von Thomas Müntzer — aber was nicht gewesen ist, kann man nicht erfinden. Man darf es auch nicht anders schreiben, als ‚wie es gewesen‘ ist (Ranke).

Ich habe in der Ausschusssitzung im August 1960 zum letzten Male ausführlich begründet, wie man seit 2 Jahren in verstärktem Maße die wissenschaftlichen und baulichen Arbeiten in der Wartburg sabotiert. Ich habe darauf hingewiesen, daß es mir zwar gelang, im Jahre 1960 eine Kontrollziffer von 25 000 Mark zu erhalten, Mitte Juli dieses Jahres aber wurden die Leute mitten aus der Arbeit abgezogen, weil die Ziffer angeblich erfüllt sei. Obwohl sie zweckgebunden für die Firnitz (das Wohngebäude der Burg — Red.) lautete, rechnete man die Arbeiten hinzu, die 1960 vor Beginn der Firnitzarbeit vollendet waren. Ich habe alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um das Lügennetz dieser Sabotage zu zerreißen. Es gelang mir nicht mehr.

Abgehörte Telefongespräche, kontrollierte Post

Wenn ich freilich vor zwei Jahren dem Wunsch des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates des Kreises, Johannes Kandzia, NDPD (‚National-Demokratische Partei Deutschlands‘ — Red.) gefolgt wäre, ihm über den Verkehr mit unseren Bekannten, u. a. aus der Ärzteschaft, zu berichten, wenn ich ihm die Namen der Gottesdienstbesucher der Wartburgkapelle aufgeschrieben hätte (‚Wir haben ein Interesse an ihnen‘), dann wäre wohl manches für mich leichter gewesen.

Nachdem sämtliche Verwaltungsleiter, die man mir vorgesetzt hatte, an ihrer Unfähigkeit gescheitert waren, auch mit ihren haltlosen Denunziationen bzw. ihren Aufträgen und den FDGB-Wünschen nicht durchkamen (Stranka: Privatfirmen sollten aus den Burgaufträgen verschwinden, weil ich den sozialistischen Sektor dadurch schädige, die Wartburg solle eine Jugendburg der FDJ werden, die Führer sollten Lügen erzählen), gab

man mir im August 1959 eine Verwaltungsleiterin, die als Gesossin mit den besten Empfehlungen versehen war.

Sie kontrollierte meine Post, sie hörte meine Telefongespräche ab, sie weigerte sich, trotz schriftlicher Dienst-anweisungen, Führungen abzuhalten, weil sie, wie seitens der Kreisleitung der SED nachträglich festgestellt wurde, zu dumm dazu ist. Sie lebt mit unseren Mitarbeitern durch ihre arrogante Art in ständigem Streit und veranlaßt dadurch Abgänge. Sie ist nicht in der Lage, die leichtesten Verwaltungsarbeiten durchzuführen, aber sie schreibt Tagebuch und macht falsche Angaben. Sie geht mit Nachschlüsseln in unsere Wohnung, sie beherrscht in meiner Abwesenheit einen angeheiterten Besucher der kommunalpolitischen Tagung von 1 Uhr nachts bis früh in ihren Schlafräumen in der Burg.

Verleumdung kirchlicher Besuchergruppen

Mir werden laufend die ordnungsgemäß sich meldenden Westbesucher von der Abteilung Inneres (Herrn Heß) in fleghafter Weise so abgelehnt, daß ich kaum in der Lage bin, sie zeitlich noch zu benachrichtigen, oder man wagt mir zu sagen, daß man mit Sicherheit annähme, daß sich in westdeutschen kirchlichen Gruppen Saboteure befänden, die unsere Brücken sprengen würden. Ich kann die Verwaltungsleiterin nicht aus der Burg entfernen, sie kennt ihre Stützen und droht mit weiteren Anzeigen, ja mit Wiederaufnahme des Prozesses.

Wie dieses unerhörte, auch von einigen Ihrer Funktionäre damals als Terror erkannte Manöver enden würde, weiß ich.

Der Ausschuß und das Ministerium für Kultur sind seit dem 18. August 1960, der Abteilungsleiter für Kultur der SED Bezirk Erfurt nach mehrfachen Berichten seit dem 6. September voll unterrichtet. Es geschieht nichts. Es läßt sich niemand sprechen. Das Zentralkomitee (Kurella) hat, so wurde mir im Ausschuß mitgeteilt, entschieden, daß ich mit dieser Kreatur zusammenarbeiten soll. (Kurella ist Vorsitzender der Kommission für Fragen der Kultur beim Politbüro der SED.) Herr Busch (Kulturminister der Zone — Red.) kündigte mir seinen Besuch an, kam aber nicht.

Ich durfte nach dreijährigem Bitten 10 Tage zu wichtigsten Studien nach Frankreich fahren. Erst nach energischer Beschwerde bei den Partei- und Postdienststellen erhielt meine Frau meine vier Briefe, die ich im Verlauf der Reise aus verschiedenen Städten abgesandt hatte, an dem Tage, da ich wiederkam. Es läge, so gestand man ein, ein Fehler bei der Erfurter Kontrollbehörde vor. Auf den offiziellen Abschlußbericht dieser Behörde warte ich noch heute. Wer hat das Recht, meine Familie daran

zu hindern, zu wissen, wo ich bin und war, und meine in verschlossenem Umschlag gesandte Post zu lesen? Nebenbei: ich mußte die wissenschaftlichen Korrekturfahnen meines Wiener Verlages an diesen als ‚Geschenksendung‘ deklarieren, sonst hätte man sie nicht befördern können. Mit der Absendung dieser ‚gefährlichen‘ Papiere waren vier Mitarbeiter der Post beschäftigt.

Der Kulturbund trat an mich auf Bitten des Frankfurter Senders heran, über die Wiederherstellung der Wartburg zu sprechen, und gab mir für die Polizei einen Ausweis. Ich wurde zur Abholung des Passes bestellt, zweimal wieder fortgeschickt und durfte noch eine Stunde vor Zugabgang vom Pförtner der Polizei die Bezirksdienststelle der Partei anrufen, um von dem unverschämten Benehmen des Offiziers Franke zu berichten. 35 Minuten vor Zugabgang erhielt ich den Ausweis. Von solchen Szenen könnte ich mehr berichten.

Jetzt höre ich, daß Stadt und Kreis den Antrag gestellt haben, die Wartburg in ihre Hand zu bekommen, d. h. also wieder einmal, daß die Stiftung liquidiert werden soll.

Verzweifelter Kampf um das Stiftungs-Eigentum

Seitdem die Rückführungsaktion der Kunstwerke läuft, muß ich von Museum zu Museum fahren, um die berühmte Rüstkammer der Wartburg zu suchen, nach der alljährlich Tausende fragen. Niemand weiß etwas. Herr Seydewitz glaubt sogar, mir schreiben zu können, daß seine Sachen in denselben Kisten seien, in denen sie 1945 abtransportiert worden wären. Er habe also nichts. Im Zeughaus endlich wurde vor einem Jahr 1 Stück gefunden. Inzwischen sind es wesentlich mehr Stücke geworden. Ich weiß aber, etwa von obengenanntem Herrn Kandzia, daß man Waffen nicht gern in der Wartburg sieht. Mir wurde zugesagt, daß ich das für die Wartburg seit Monaten bereitgestellte Stück übernehmen könnte, und die anderen seien zur Übernahme bereitgestellt. Als ich in diesen Tagen dort war, ließ irgendein Abteilungsleiter durch Vermittlung eines anderen Herrn (!) mitteilen, daß ich das Stück doch nicht mitnehmen dürfte.

Wie ich dem Ministerium schon vor langer Zeit geschrieben habe, bin ich der Auffassung, daß die Sowjetunion die Kunstschätze zurückgab, damit sie auch dort ausgestellt würden, wo sie eigentümlich hingehören. Das gilt ganz bestimmt auch für die Wartburg. Ich trage ja die Verantwortung, daß das Eigentum der Wartburg-Stiftung sich auch in der Wartburg befindet und dort den Wartburggästen gezeigt wird. Schließlich geht es auch noch so weit, daß mir vor einem Jahr ein hoher Funktionär sagte: Ich solle die Führer anweisen zu sagen, daß die Amerikaner die Sachen gestohlen hätten. Ob-

ICH GLAUBE AN DEN MENSCHEN / DEN ALLMÄCHTIGEN / SCHOPFER ALLER WERKE /
UND AN DIE TECHNIK / DIE ALLES BEHERRSCHT / DIE EMPFANGEN IST VOM MENSCH-
LICHEN GEIST / GEBOREN VON DER WISSENSCHAFT / GELITTEN UNTER DER RUCK-
STÄNDIGKEIT / AUFERSTANDEN IN UNSERER ZEIT / ZUM HÖCHSTEN WERT ERHOBEN /
SO DASS SIE EINST RICHTEN WIRD DIE LEBENDIGEN UND DIE TOTEN VOLKER / ICH
GLAUBE AN DEN GUTEN GEIST IM MENSCHEN / AN DIE HERRSCHENDE KLASSE / DIE
GEMEINSCHAFT DER MENSCHEN DIE GUTEN WILLENS / AN EIN BESSERES LEBEN /
EINE HERRLICHE ZUKUNFT UND DEN EWIGEN BESTAND DER MATERIE.

Von der SED propagiertes „Glaubensbekenntnis“ des Materialismus

wohl nun genügend Stücke bereitliegen, erzählte man mir im Ministerium für Kultur, daß unsere Sachen in London bei Christie versteigert worden wären.

Von unserem Gasthof, einem integrierenden Bestandteil der Wartburgarbeit, habe ich seit Jahren mündlich und schriftlich zu berichten, daß zugunsten des Übersolls nicht allein das Haus zerwirtschaftet wird, sondern die Mitarbeiter unter geringstmöglicher Entlohnung bis zu 18 Stunden am Tag arbeiten müssen, so daß bei solcher Art der Ausbeutung nichts anderes zuwege gebracht wird als die schlechteste Bewirtschaftung und Moral — Betrugsprozesse und uneheliche Kinder sind mit diesem Gasthof verbunden.

In Eisenach gibt es wohl mindestens einen mehrfach vorbestraften Objektleiter, warum soll es im Wartburg-Gasthof anders sein. Wenn ich diese Zustände aufdeckte, so beschwerte sich der Bezirksverantwortliche, Herr Kalmring, auch noch, daß ich angesichts der Würde der Wartburg in dieses Dunkel leuchte. Er soll seit dem 21. Dezember 1959 mit mir sprechen, der Kreisvorsitzende der HO („Staatliche Handelsorganisation“ — Red.) seit Ostern 1958.

Ein Leben nach Zuchthausgrundsätzen

Herr Ministerpräsident!

Sie haben es nicht erlebt, daß Ihr Kind aufs schwerste krank liegt und Sie die Medizin nicht sofort zur Hand haben, weil sie nur in Westdeutschland existiert oder in jener Karlshorster Apotheke, die allein den Herren vom Staatssekretär an aufwärts zur Verfügung steht. Es dauerte immerhin drei qualvolle Tage, bis unser Arzt die Medizin hatte. Ich mußte sie ihm auf ungesetzliche Weise wiederbeschaffen ...

Was soll aus der Erziehung meiner Kinder werden, wenn ich von durchaus zuverlässigen Funktionären erfahre, daß die unausbleibliche Ganztagschule nicht nur wegen der im Sinne des Materialismus fortschrittlichen Erzie-

hung der Kinder notwendig sei, sondern auch wegen des Einflusses der Kinder auf die Eltern und wegen der Beobachtung der Eltern durch die Kinder.

Sie wissen, daß ich kein Materialist bin. Ich erkläre, daß meine Kinder sich ihr Leben bauen sollen, sich frei entscheiden sollen, nachdem ich sie in dem Geist des echten klassischen Humanismus und des freien Weltbürgertums erzogen habe. Wer mir dabei hilft, bestimmen, zum Wohle des Staates, allein meine Frau und ich. Die Erziehungsmethoden, die seit 1933 im mitteldeutschen Raume gelten, muß ich aus Gewissensgründen ablehnen. Wie sagt doch Luther in Rom: er widerriefe nicht, weil es nicht sauber noch sicher sei, etwas wider das Gewissen zu tun.

Ich bin an meinem Platz, um die mir gestellten Aufgaben mit reinem Gewissen und in reiner Wahrheit zu erfüllen. Das gilt für Beruf und Familie. Der Staat, in dem ich von Staatsstellen belogen werde, in dem ich nur nach Zuchthausgrundsätzen leben und arbeiten darf, so wie es teuflische Primitivität ersinnt, vernichtet mein Recht auf Freiheit. Oder soll ich der Ansicht sein, daß es ein erstrebenswerter Staat sei, wenn die Funktionäre des Sicherheitsdienstes das beste, für jeglichen anderen Sterblichen unbetretbare Hotel bewohnen und alles, von der Schlagsahne bis zum Sekt, ohne jede Akzise erhalten, während sich draußen am frühen Morgen die Frauen der Werktätigen anstellen, weil es — erstmalige und einmalige Gelegenheit! — Tomaten und neue Kartoffeln gibt? Und das gibt es auch nur, weil die Ostseewoche fremde Gäste erwartet. So geschehen in Kühlungsborn im Jahre 1960.

Nein. Ich muß mich deshalb von meiner Lebensaufgabe in der Wartburg, von meiner Heimat, von der Heimat meiner Frau und meiner Kinder, von einem jahrzehntelangen Forschungsgebiet um meiner Familie, um meines Gewissens und um meiner und der Meinen Sicherheit willen trennen."

ZITATE AUS DER AKTUELLEN DISKUSSION

„Adenauer-Jünglinge!“

Dem „REMTER“, Zeitschrift für Kultur und Politik in Osteuropa, herausgegeben von Oberkonsistorialrat D. Gerhard Güllow, Lübeck, dem Vorsitzenden des Ostkirchenausschusses der EKD, im Evangelischen Verlagswerk, Stuttgart, entnehmen wir folgende (geringfügig gekürzten) Betrachtungen von Hans Beske:

„Von einer Aufgabe des deutschen Volkes, etwa gar der Bundesrepublik, an der Zonengrenze zu sprechen, zeugt von typisch deutscher Überheblichkeit, so wie alle sogenannten nationalen Bestrebungen nach 1945, insbesondere die Bemühungen der Vertriebenen um ihre Heimat, museale Lebensäußerungen unverbesserlicher Nationalisten darstellen. Eine Tatsachenverdrehung aber bedeutet es geradezu, heute von sowjetischer Aggressionspolitik zu sprechen, gegen die sich der Westen, in erster Linie Deutschland, zur Wehr setzen müsse. Die russische Politik der Gegenwart und die

Existenz der DDR sind nichts anderes als eine Reaktion auf das Versagen der deutsch-amerikanischen Politik, die man eben respektieren muß, solange die roll-back-Politik von Dulles noch im Westen gegenüber Rußland exerziert wird. Die Anerkennung der Obrigkeit in der SBZ gebietet es, nicht etwa von einer ‚sowjetischen Besatzungszone‘ oder der ‚sogenannten DDR‘ zu sprechen, sondern für den zweiten deutschen Teilstaat auch dessen offizielle Bezeichnung DDR zu gebrauchen. Wenn heute ehemalige Nazis der DDR führende Staatsämter innehaben, kann man — im Gegensatz zu den Nazis der Bundesrepublik — gewiß sein, daß diese Männer zumindest im sozialistischen Sinne ein Bekenntnis über ihre NS-Vergangenheit abgelegt und diese offen bereut haben; damit sind sie dann auch wieder ‚staatsverwendungsfähig‘ geworden. Entsprechende Schuldbekennnisse von West-Nazis sind nie bekanntgeworden. — Ein Ministerialreferent, der vor Ausländern über ‚die Zo-

nengrenze als ein europäisches Problem‘ referiert und dabei die russische Behauptung, die Wiedervereinigung sei eine ausschließlich innerdeutsche Angelegenheit, als eine bolschewistische Propagandathese bezeichnet, ist eben ein typischer ‚Adenauer-Jüngling‘, für dessen Ausführungen man sich als deutscher Leiter eines ökumenischen Aufbau-lagers bei den ausländischen Gästen dieses Lagers entsprechend zu entschuldigen hat!“

Das etwa war die Reaktion eines jungen deutschen Pastors, der in seinen Ferien ökumenische Aufbau-lager betreut (seit etwa 10 Jahren widmen sich Tausende junger Menschen in sogenannten Aufbau-lagern im gesamten freien Teil der Welt während ihrer Ferien dem Dienst am Nächsten). Der junge deutsche Theologe stammt, wie mancher dieser jungen Bekenner, aus sogenanntem „national-bürgerlichem Hause“. Vom „Dritten Reich“ gerade noch angekratzt, bietet er das Beispiel junger Menschen, die die

deutsche Politik und die Haltung der evangelischen Kirche — mindestens seit Beginn dieses Jahrhunderts — so negativ beurteilen, daß Volk und Kirche eigentlich das Recht auf eine Weiterexistenz mit eigenen Aufgaben verwirkt hätten, daß nach den Bilanzen von 1945 und 1960 für einen ehrlichen Deutschen nur die Erkenntnis der Hoffnungslosigkeit unserer geteilten Lage aus schuldhafter Verstrickung verbleibe — ein Volk mit leichtfertig verspielten großen Aufgaben, ein Volk ohne Zukunft.

Wir haben keinen Anlaß, die in der Tat tragischen Fehlerreihen der deutschen Politik nach der Ausschaltung Bismarcks vor uns oder anderen zu entschuldigen oder zu verkleinern. Wir wehren uns auch gegen die billige Aufrechnungsmethode fremder Fehler gegen eigenes Versagen.

„Kollektivschuld“

Aber wir wissen auch um die tragische Kollektivschuldigsprechung unseres Volkes 1945, die der Psychose des totalen Krieges entsprach und dem Einzelnen die Ausrede des Nichtbetroffensein gegenüber denjenigen, die nachweisbar Verbrechen begangen hatten, nur zu sehr erleichterte. Damit wurde der folgenschwere Grund für das mangelnde Umdenken und den lähmenden „Ohne-mich-Standpunkt“ gelegt, d. h. ein ehrlicher demokratischer Neubeginn in der Bundesrepublik zumindest sehr verzögert. Wir wissen um die Not dieses Neubeginns unseres Volkes, ohne den alles Mühen um ein neues Selbstverständnis als Volk und Staat unfruchtbar sein muß. Aber — wie oft wird es uns noch gesagt werden müssen! — die Gnade des Nullpunkts von 1945 ist uns Deutschen eben nicht zuteil geworden. Wir können nicht das Jahr 1945 oder 1949 oder sonst einen Zeitpunkt danach als den Neubeginn einer deutschen Geschichte verkünden, um damit Verpflichtungen aus der Vergangenheit, die uns sehr belasten und vielen höher erscheinen mögen als die Rechte, die uns aus dem Konkurs von 1945 verblieben, auf billige Art loszuwerden. Kein Volk kann einfach Teile seiner Geschichte streichen, nur weil sie ihm eine unbequeme Hypothek für die Zukunft bedeuten.

Im Privatleben weiß jeder Juniorchef einer Firma, daß er das Unternehmen entweder ganz, d. h. mit allen Aktiven und Passiven, vom Senior übernimmt oder aber auf die Weiterführung der Firma verzichten muß. In der Politik möchte man sich oft gern um die Konsequenz solcher Zusammenhänge drücken

und redet sich dann noch damit heraus, daß die Politik den Charakter verdürbe.

Es soll hier nicht von der notwendigen Ehrfurcht einer jungen Generation vor der Geschichte des Volkes die Rede sein. Für zu viele Menschen sind diese Begriffe und mit ihnen auch die Werte, die hinter ihnen stehen — oder zumindest einmal standen — zerstört worden, nicht zuletzt auch durch die verhinderte Chance des Umdenkens im Jahre 1945.

Es soll hier auch nicht weiter eingegangen werden auf die skrupellose Verbeugung vor der Macht an sich, die ja auch darin erkennbar wird, daß man bei den Bolschewisten und den Machthabern der „DDR“ von „zu respektierenden Obrigkeiten“ spricht, deren Amtsbezeichnung man sich selbstverständlich zu bedienen habe, während der Kampf gegen die Nazis und deren Staat natürlich als richtig und notwendig anerkannt wird (hier ist nicht etwa posthum gehorsamst die Rede von den „Nationalsozialisten“, dem „Dritten Reich“, dem „Führer...“).

Nackte Lebensangst

Die „Verführer“ dieser jungen Generationsgruppe sind bekannt, eine Auseinandersetzung mit ihnen ist hoffnungslos. Zum Teil sind sie der irdischen Verantwortung ohnehin schon entzogen, zum anderen mögen es notorische Widerständler sein, denen unsere wirtschaftswunderliche Gemeinschaft heute in großzügiger Auslegung der persönlichen Meinungs- und Lehrfreiheit die Vertretung ihrer Auffassungen nicht gerade übertrieben erschwert.

Was aber wird aus den so merkwürdig weise-erhabenen jungen Männern mit beträchtlicher Schul-Lebenserfahrung und einem eigenartigen Rechts-Links-Drall, der ihnen offenbar die Besinnung zu rauben scheint, wenn sie da meinen: „Die Deutschen taugen nichts, ihre Geschichte taugt schon gar nichts, nur gut, daß es wenigstens einen selber noch gibt, sonst...?“

Hinter dieser zur Schau getragenen Überdrüssigkeit an Gemeinschaftsbindung mit Pflichten und Rechten, an Geschichtsbewußtsein oder gar Nationalbewußtsein steckt eine so schlecht verborgene Angst vor dem Leben, eine so abgründige Enttäuschung über politische Entwicklungen, denen man sich als Individuum offenbar hoffnungslos ausgeliefert fühlt, ein so erschütterndes Maß an Vertrauensmangel in die Zukunft des eigenen Volkes, daß ein demonstrativer Schuld-Sühne-Komplex der ein-

zige Ausweg aus diesem Dilemma zu sein scheint.

Man möchte sich noch kleiner machen, als man ohnehin schon ist. Um Himmels willen — nicht irgendwie auffallen! Man könnte ja aufgerufen werden vom Schicksal und wüßte dann keine Antwort zu geben. Lieber erklärt man vor vornherein: es gibt keine Aufgaben für Deutschland mehr. Vielleicht kann man sich auf solche Weise noch einmal durch die großen Prüfungen dieser Welt hindurchmogeln. Ob wohl nationalistische Familienbefangenheit manchem Deutschen noch so beklemmend anhaftet, daß er sich ihrer am liebsten gewaltsam unter Schmerzen entledigen möchte, indem er — auch hierin wieder so übertrieben deutsch — von einem Extrem in das andere fällt?

Inkonsequenz

Wo bleibt aber in diesen — hier so risikolos — bekennenden Kreisen die Tat im anderen Teil der Welt, wo Bekenntnis auch persönliches Opfer bedeutet? Wo bleibt die Erkenntnis von dem absoluten Versagen unserer Sonntagschristen-Kirche vor dem gnadenlosen Anruf des Ostens? Wer der evangelischen Kirche im Grunde nicht mehr vorwerfen kann als das unselige Thron-Altar-Bündnis, der möge heute vor allem seine Hoffnung auf eine tatsächliche oder kommende Aussöhnung des Kreml mit den Würdenträgern der orthodoxen Kirche Rußlands ernsthaft überprüfen.

Wo bleibt der konsequente Weg der Niemöller-Leute auch in die Mission im Reiche der machtvollen Gottesleugner?

Nichts von alledem — man partizipiert am „Wirtschaftswunder“ eines Staates, dessen Obrigkeit man lustvoll schmäh. Jedes kleine Zugeständnis der Diktatoren aber an eine kirchliche Institution wird triumphierend belobt: „So schlecht sind sie ja gar nicht, die Kirche hat schon ihren Raum, sie muß ihn nur zu nutzen wissen!“

Die teuflische Fratze der militanten Weltmission ist wohl so erschreckend, daß einfach nicht sein kann, was nicht sein darf — Männer ohne Rückgrat, Linie und Lebensmut, Jünglinge auf der Flucht vor dem eigenen Volk, Opfer einer gnadenlosen Zeit, d. h. aber Menschen, die unserer besonderen Hilfe und Liebe als Brüder bedürfen.

Bewahren muß man sie jedoch — und die Gemeinschaft, die sie so gern leugnen — vor Aufgaben in der Gemeinschaft, denen sie nicht gewachsen sind.